

Die hohe Verschuldung zwingt die Notenbanken zur Zinssenkung

Donald Trump ist unschuldig

Für die Bank of England (BoE) war es die zweite Zinssenkung in diesem Jahr, als sie Anfang Mai den Leitzins auf 4,25 Prozent reduzierte. Mit drei solchen Schritten ist die EZB schon weiter und hält den Leitzins seit April auf 2,25 Prozent. Währenddessen tröstet Fed-Chef Jerome Powell die Märkte mit der Floskel „abwarten“ – elfmal benutzte er sie in der Pressekonferenz nach der jüngsten US-Zentralbank Sitzung. Zwangsläufig werden diese Schritte mit Donald Trumps Zollpolitik in Verbindung gebracht, doch der Trend zu niedrigeren Zinsen geht den US-Wahlen um ein Jahr voraus. Europas Notenbanken stehen vor den gleichen Herausforderungen: die Konjunktur ist schwach, und hohe Zinsen verteuern die Kosten der Staatsschulden.

In Großbritannien läuft es schlecht. Die Labour-Regierung hatte erwartet, durch Personalwechsel auf den Ministersesseln einen Wirtschaftsboom auslösen zu können. Mehrausgaben für Bildung und Infrastruktur sollten Steuererhöhungen finanzieren. Ein Ende der territorialen Besteuerung für in England lebende Ausländer sollte 2025 2,5 Milliarden Pfund in Kassen spülen, dazu werden Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer aufgehoben. Doch der Schuß ging nach hinten los. Zehntausend Millionäre haben 2024 das Königreich verlassen und verschafften Schatzkanzlerin Rachel Reeves Mindereinnahmen von einer Milliarde, anderen Schätzungen zufolge sogar ein Vielfaches davon. Die Erwartung von Labour, England sei so lebenswert, daß kaum jemand wegziehen würde, erwies sich als patriotische Selbstüberschätzung, die sich hätte vermeiden lassen, wenn man die Erfahrung Frankreichs nach Einführung der Millionärssteuer durch François Hollande ernstgenommen hätte. Jeder

Millionär zahlt im Schnitt so viel Steuern wie 21 Engländer mit mittlerem Einkommen. Um das Loch zu stopfen, bräuchte man Hunderttausende zusätzliche Durchschnittsverdiener.

Die Haushaltslage ist so ernst, daß auch heilige Kühe geschlachtet werden. Labour kürzt Sozialleistungen und beweist die alte Weisheit, daß nur eine linke Regierung das schafft, ohne von den Medien vernichtet zu werden. Drei Milliarden Pfund will Labour bei Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit einsparen. Der Vorschlag wird wahrscheinlich zur Zerreißprobe der einstigen Arbeiterpartei. Es ist aber nur der erste Schritt einer Politik Keir Starmer, der eine höhere Erwerbsquote als Schlüssel zur Begrenzung der Defizite sieht. Ein Ansatz vergleichbar mit Gerhard Schröders „Agenda 2010“. Zinssenkungen sind keine Rettung, sondern verschaffen Labour nur eine Atempause. Genau wie in den USA, wo Trump vor drastisch steigenden Zinsausgaben steht, wenn Joe Bidens kurzlaufende Anleihen zur Finanzierung seines Ausgabenprogramms zu höheren Zinsen refinanziert werden müssen. 2021 betrug der durchschnittliche Zinssatz 1,6 Prozent, 2024 mit 3,3 Prozent fast das Doppelte und erreicht damit den Höchstwert seit 2010. Im gleichen Zeitraum stieg die Schuldenquote von 91 auf 123 Prozent der Wirtschaftsleistung. Höhere Schulden bei höheren Zinsen. Von 1,3 Prozent der Wirtschaftsleistung stieg der Schuldendienst auf 3,0 Prozent – kein Wunder, daß Trump Druck auf Powell ausübt und gleichzeitig mit der Effizienzbehörde DOGE überall einsparen muß. Trumps Zölle haben mit der englischen Zinssenkung jedenfalls nichts zu tun. Auf maximal 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung wurde deren Auswirkung geschätzt. Und das war noch vor dem Abschluß des bilateralen Zollabkommens.



von
Thomas Kirchner

„Die Mehrausgaben für Bildung und Infrastruktur sollten Steuererhöhungen finanzieren.“

der Wirtschaftsleistung. Höhere Schulden bei höheren Zinsen. Von 1,3 Prozent der Wirtschaftsleistung stieg der Schuldendienst auf 3,0 Prozent – kein Wunder, daß Trump Druck auf Powell ausübt und gleichzeitig mit der Effizienzbehörde DOGE überall einsparen muß. Trumps Zölle haben mit der englischen Zinssenkung jedenfalls nichts zu tun. Auf maximal 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung wurde deren Auswirkung geschätzt. Und das war noch vor dem Abschluß des bilateralen Zollabkommens.

Ifo-Präsident Clemens Fuest fordert Feiertagsverzicht

Ulbrichts Irrweg

Von **Jörg Fischer**

Walter Ulbricht hatte als Tischlergeselle ökonomischen Restverstand: Wohlstand läßt sich nicht anordnen, nur erarbeiten. Deswegen strich der SED-Chef 1967 mit Einführung der Fünftagewoche zum Ausgleich Feiertage: den Ostermontag, Christi Himmelfahrt, den Reformations- und den Buß- und Bettag sowie den „Tag der Befreiung“. 22 Jahre später war der Realsozialismus dennoch pleite. Der 1990 wieder eingeführte Buß- und Bettag wurde 1995 erneut und nun bundesweit gestrichen – doch die damals eingeführte Pflegeversicherung ist derzeit dennoch in Nöten. Nur CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf verhinderte diesen Irrweg für Sachsen.

Deutschland hat je nach Region zwischen zehn und 15 Feiertage, die nicht auf einen Sonntag fallen. Das klingt nach viel – in Österreich sind es nur 13, in Japan und den USA aber 16. Dennoch wollen Arbeitgeber und ihnen verbundene Ökonomen diesbezüglich den alten Irrweg erneut einschlagen – diesmal geht es um „Krisenlasten“: „Die Streichung eines Feiertages fände ich als Symbol genau richtig“, erklärte die beamtete „Wirtschaftsweisse“ Monika Schnitzer im März im *Spiegel*. 2023 äußerte

die Ökonomin in der *Süddeutschen Zeitung* angesichts des deutschen Geburtenmangels eine noch irrwitzigere Idee: „Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, wenn wir abzüglich der beträchtlichen Abwanderung jedes Jahr 400.000 neue Bürger haben und so die Zahl der Arbeitskräfte halten wollen.“

Ifo-Präsident Clemens Fuest sieht letzteres kritisch, beim Feiertagsverzicht ist er aber auf der Ulbricht-Schnitzer-Linie, um die teuren Versprechen des Merz-Kabinetts bei Aufrüstung, Infrastruktur und Klima zu ermöglichen: „Wenn nicht mehr Arbeitskraft zur Verfügung steht als bisher, werden diese Ausgabenprogramme dazu führen, daß die Umsetzung der Investitionen verzögert wird und Arbeitskräfte aus anderen Bereichen abwandern und dort fehlen“, warnte der Münchner VWL-Professor am russischen „Tag des Sieges“. „Mehr Geld allein baut noch keine Straßen und Brücken.“ Ein Tag Mehrarbeit würde die Wirtschaftsleistung um acht Milliarden Euro jährlich steigen lassen. Die Gastro- und Tourismusbranche sieht das sicher anders. Und Bayern (13 bis 15 Feiertage) müßte pro Kopf seit Jahrzehnten ärmer sein als Bremen oder Niedersachsen (nur zehn Feiertage).



FOTO: IMAGO/BURIN TREITZAU

Soldaten der gemeinsamen Deutsch-Französischen Brigade: Der bisherige „Beschaffungsnationalismus“ hat bei den großen Waffensystemen von Heer, Luftwaffe und Marine (Stand 2017) in Europa 254 verschiedene Systeme hervorgebracht

Rettungsschirm für Rüstung

EU-Politik: Konkrete Pläne für neue Gemeinschaftsschulden zur Finanzierung der Verteidigung

DIRK MEYER

Das Ziel scheint EU-weit eindeutig: Abschreckung durch Aufrüstung. Doch es fehlen die Mittel. Deren Beschaffung durch Sozial- und Subventionskürzungen erzeugt Widerstand. Die Lösung lautet daher Kreditfinanzierung – obgleich die Verteidigung als staatliche Kernaufgabe durch Steuern bestritten werden sollte. Doch Zusatzkredite für hochverschuldete Staaten wie Frankreich sind teuer, zudem drohen nationale und EU-Schuldenregeln einen Strich durch die Rechnung zu machen. In der Entscheidung des Europaparlaments vom 7. Mai zum EU-Haushalt 2028 bis 2034 wird deshalb eine gemeinsame Kreditaufnahme als „geeignetes Instrument zur Bewältigung europawweiter Krisen – etwa im Bereich Sicherheit und Verteidigung – angesehen“. Bis 2028 sind bislang nur 31 Milliarden Euro an EU-Geldern für Verteidigung vorgesehen. Mindestens drei rechtliche Schranken haben zukünftige Finanzierungsinstrumente zu beachten. Gemäß Artikel 310 AEU-Vertrag darf die EU keine Kredite aufnehmen, denn „der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“ Daher

darf die EU zwar die Waffenentwicklung mitfinanzieren, nicht aber operative Ausgaben „mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ (Artikel 41 EU-Vertrag). Nach neuerer Auslegung des Juristischen Dienstes des EU-Rates sind zwar Gelder für Militäreinsätze verboten, nicht aber für Waffenkäufe, soweit sie nicht im direkten Zusammenhang mit Militäroperationen stehen. Sodann könne jeder EU-Staat „die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen“ (Artikel 346 AEUV). Insofern kann kein Mitgliedstaat zur Teilnahme an einem entsprechenden Instrument gezwungen werden.

Dilemma einer Kreditfinanzierung von EU-Rüstungsbeschaffungen

Im Rahmen der Rüstungsinitiative ReArm Europe haben zwölf EU-Staaten, darunter Deutschland, die nationale Ausweichklausel (NEC) beantragt, nach der sie bis 2028 zusätzliche Verteidigungsausgaben von jährlich 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kreditfinanzieren können, ohne daß diese auf die Schuldenstandsquote angerechnet werden. Doch es bleiben weiterhin nationale Kredite. Deshalb will die EU hochverschuldeten Staaten 150 Milliarden Euro als Kredit bereitstellen, für die sie mit ihren künftigen Eigenmitteln garantiert. Dies entspricht 0,8 Prozent des EU-27-BIP und könnte die Rüstungsdefizite zum Zwei-Prozent-Nato-Ziel für manche Staaten auffüllen. Es wären EU-Gemeinschaftskredite, für die letztendlich die Mitgliedstaaten aufkommen müssen. Wie folgendes Beispiel zeigt, geht damit eine Zinssubvention auf Kosten der Niedrigzinsländer einher. So lag die Rendite einer zehnjährigen EU-Anleihe am 10. März bei 3,41 Prozent. Entsprechende deutsche Anleihen lagen mit 2,81 Prozent darunter, spanische (3,52), französische (3,59) und italienische (3,86) darüber. Ein italienisches Rüstungsprojekt von zehn Milliarden Euro würde so mit 45 Millionen Euro jährlich unterstützt. Dies erscheint jedoch nur als mäßiger Anreiz, weshalb ein vom polnischen Ratsvorsitz für das informelle Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister am 12. April 2025 bestelltes Papier der Brüsseler Denkfabrik Bruegel wesentlich weiter führt.

Die Autoren schlagen einen Verteidigungsmechanismus (European Defence Mechanism/EDM) vor. Vorbild ist der 2013 errichtete Euro-Rettungsschirm ESM, der ein Stammkapital von

708,5 Milliarden Euro hat, für das Deutschland mit 189,5 Milliarden Euro haftet. Der ESM für Rüstung wäre ein Fonds, dessen Bonität ebenfalls durch das eingezahlte Kapital und Garantien der Staaten sichergestellt würde. Der Fonds könnte damit Gemeinschaftsanleihen zur Finanzierung gemeinsamer Rüstungskäufe auflegen, für welche die Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Anteil gesamtschuldnerisch haften müßten. Ähnlich den ReArm Europe-Kreditlinien würden einzelne Länder von Zinsvorteilen profitieren. Um das Volumen des Fonds abzuschätzen, bietet das kaufkraftbereinigte Nato-Globalbudget von 1,47 Billionen Dollar eine Orientierung, das dem Niveau von 2002 entspricht.

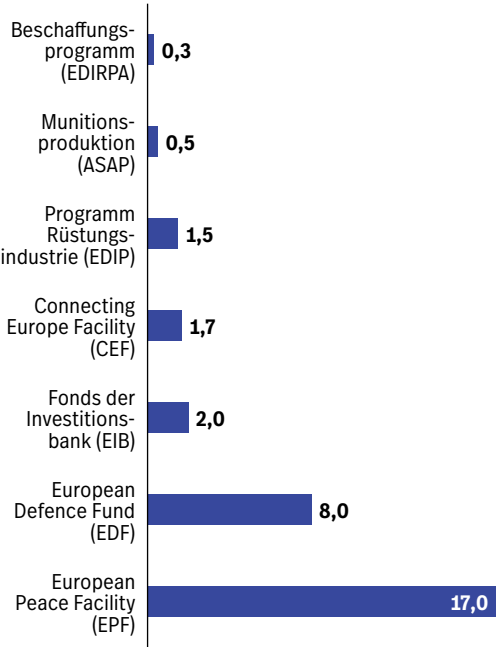
Für neue Ausrüstung, Schutz kritischer Infrastrukturen und Ukraine-Hilfen wird ein Finanzbedarf von mindestens 535 Milliarden Dollar als notwendig angesehen. Als Einkaufsgenossenschaft organisiert, würden Rüstungsbeschaffungen zentralisiert geplant, ausgeschrieben, beschafft – und auf Kredit finanziert. Der „Beschaffungsnationalismus“ hat bei großen Waffensystemen von Heer, Luftwaffe und Marine (Stand 2017) in Europa 254 Systeme hervorgebracht, fünfmal so viele wie in den USA mit 51. Damit verbundene Probleme wie eine mangelnde Kompatibilität im Einsatz (Kommunikation, Munition) und die Monopolmacht nationaler Anbieter könnten gelöst werden. Das vorgeschlagene Regelwerk sieht ein Verbot staatlicher Beihilfen vor, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und die Vorteile des EU-Binnenmarktes auch im Rüstungssektor zu realisieren.

Der EDM würde auf völkerrechtlicher Grundlage beruhen, die eine freiwillige Beteiligung mit Opt-out (nicht mitmachen) ermöglicht. Somit wäre er keine EU-Institution, so daß Länder wie Ungarn die Opt-out-Möglichkeit nutzen könnten, während er Nicht-EU-Ländern wie Großbritannien und Norwegen offenstehen würde. Insofern ist der Bruegel-Vorschlag eine innovative Initiative, um das Dilemma einer Kreditfinanzierung von Rüstungsbeschaffungen unter Beteiligung von EU-Staaten und bei Einhaltung rechtlicher Verbote zu lösen. Gerade mit Blick auf Deutschland dürften jedoch zwei verfassungsrechtliche Bedenken fortbestehen. Zum einen könnte die Fondshaftung gegen das Nichtbeistandsgebot (Artikel 125 AEUV) verstoßen. Zum anderen wäre die als national definierte Zuständigkeit für die Verteidigungspolitik durch das Gemeinschaftsinstrument tangiert.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. ► www.bruegel.org/policy-brief/governance-and-funding-european-rearmament

Diverse EU-Programme zur Rüstungsfinanzierung

in Mrd. Euro der Jahre 2021 bis 2028



GRAFIK: QUELLE: BRUEGEL/EU-KOMMISSION

Der 8. Mai 1945 und der 8. Mai 2025

Feiern wir 80 Jahre nach dem Ende des Krieges unsere Befreiung?

Zur Erinnerung: Im zweiten Weltkrieg fielen über 5,3 Millionen deutsche Soldaten für ihr Vaterland. Mehr als 2,2 Millionen starben in Gefangenschaft, davon ca. eine Million in der Hand der USA, Englands und Frankreichs. Das Schicksal von ca. 1,4 Millionen deutscher Soldaten ist ungeklärt - bis heute! Mehr als 800.000 Zivilisten starben im völkerrechtswidrigen Bombenkrieg gegen deutsche Städte. Ca. 15 Millionen Deutsche wurden unter eklatantem Bruch des Völkerrechtes vertrieben, davon ca. 3,5 Millionen getötet – ein Völkermord! Mehr als 300.000 deutsche Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, geschändet, erschlagen. Über sieben Millionen Deutsche starben 1945-1947 an Hunger und Krankheiten! Deutschland wurde ca. ein Drittel seines Landes geraubt – auch dies ein absichtlicher, eklatanter Bruch des Völkerrechtes. Wir erinnern an die Worte des ehemaligen US-Präsidentenskandidaten Patrick J. Buchanan: „Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Sie weiß nichts darüber, was den Deutschen angetan wurde.“

„Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten, dem Erschlagenen entsteht der Sieger die Züge, aus der Welt geht der Schwächere und übrig bleibt die Lüge“ Bertolt Brecht

Alfred E. Zips, Oberstlt. Bundeswehr a.D. • V.i.S.d.P.: Dr. Hartmut Kluge • Ernst S. von Heydebrand

80 Jahre Kriegsende. Die Gefallenen mahnen zum Frieden!



Das 76'er Denkmal in Hamburg braucht Ihre Spende!

Der Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals reinigt und beleuchtet das bekannteste Hamburger Soldaten-Ehrenmal

Spenden an:
IBAN: DE39 2005 0550 1315 1251 36

Mutter's Bester Tropfen

Ein Kräuterbitter

...nach alter Familienrezeptur hergestellt.

Sie kennen ihn noch nicht? Gegen Einsendung dieser Anzeige zusammen mit Briefmarken im Wert von 2,55 € (Warensendung) erhalten Sie einmalig eine 0,04 l **Gratisprobe (JF)**

Mutter & Sohn
Postfach 3232
55022 Mainz
Tel (0 61 31) 33 46 60
Fax (0 61 31) 99 39 09
www.mutters-bester-tropfen.de

Altes Forsthaus Löwitz

Hier ist es immer schön!
Hier sind Sie jung und frei!

airbnb-VP-Loewitz

Produzent gesucht !



HISTORISCHER KINOFILM
Als Produzent nehmen Sie Einfluss und werden Teil eines großen, kreativen Teams!
Weitere Infos und Referenzen per Mail: anders-uwe@web.de
Ebenfalls gesucht: Schauspieler, Kameraleute, Techniker (Ton, Licht) und Moderatoren.

WERBEN IN DER JUNGEN FREIHEIT



Ihr Ansprechpartner: Herr Beck
Telefon 030 - 86 49 53 - 67
beck@berliner-medienvertrieb.de